

Technische Universität Braunschweig
 Institut für Sozialwissenschaft
 Politikwissenschaft
 Sommersemester 2006
 29. Mai 2006

Wahlsystem und Wählerverhalten

Priv.-Doz. Dr. Nils C. Bandelow
 Vorlesung: „Einführung in das politische System der BRD“
www.nilsbandelow.de

Wahlen

1. Grundlagen
2. Wahlrecht
3. Wählerverhalten

1. Grundlagen

Literatur

Korte, Karl-Rudolf, verschiedene Auflagen:
 Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland.
 Bonn.

Nohlen, Dieter, 2000: Wahlrecht und
 Parteiensystem. Opladen.

**Rudzio, Wolfgang, 2003: Das politische System
 der Bundesrepublik Deutschland. Opladen,
 Kapitel 6.**

Woyke, Wichard, 1996: Stichwort Wahlen.
 Opladen.
www.wahlrecht.de

Wahlen

1. Grundlagen
2. Wahlrecht
3. Wählerverhalten

1. Grundlagen

Zugänge zur Wahlforschung

- Normativ-theoretisch
- Empirisch-statistisch
- Empirisch-historisch

Wahlen

1. Grundlagen
2. Wahlrecht
3. Wählerverhalten

Bedeutung und Funktion von Wahlen

	kompetitive Wahlen	semikompetitive Wahlen	nicht-kompetitive Wahlen
Bedeutung im politischen Prozess	hoch	niedrig	gering
Auswahlmöglichkeit	hoch	begrenzt	keine
Wahlfreiheit	gesichert	eingeschränkt	aufgehoben
Wird Machtfrage gestellt?	ja	nein	nein
Legitimierung des politischen Systems	ja	wird kaum versucht	kaum oder gar nicht
Typ des politischen Systems	liberal-demokratisch	autoritär	totalitär

Aus: Nohlen, Dieter, 2000: Wahlrecht und Parteiensystem. Opladen: Leske + Budrich, S. 28.

2. Wahlrecht

Typen

- Relatives Mehrheitswahlrecht
- Absolutes Mehrheitswahlrecht
- Verhältniswahlrecht
- Mischsysteme

Wahlen

1. Grundlagen
2. **Wahlrecht**
3. Wählerverhalten

2. Wahlrecht

Sitzzuteilungssysteme im deutschen Verhältniswahlrecht

- Hare/Niemeyer
- D'Hondt
- Sainte Laguë

Wahlen

1. Grundlagen
2. **Wahlrecht**
3. Wählerverhalten

2. Wahlrecht		
Erwartete tendenzielle Auswirkungen	Mehrheitswahl	Verhältnismahl
Zweiparteiensystem	ja	nein
Parteiliche Mehrheitsbildung	ja	nein
Stabile Regierungen	ja	nein
Koalitionsregierungen	nein	ja
Eindeutige Zurechnungsfähigkeit der politischen Verantwortung	ja	nein
Gerechte Repräsentation	nein	ja
Chancen für neue politische Strömungen	nein	ja

Aus: Woyke, Wichard, 1996: Stichwort Wahlen. Opladen: Leske + Budrich, S. 41.

2. Wahlrecht

Proportionalität des deutschen Wahlrechts

Gallagher-Index

$$G = \sqrt{\frac{1}{2} \sum (v_i - s_i)^2}$$

v_i = Anteil der Stimmen (votes)
 s_i = Anteil der Sitze (seats)

Deutscher Durchschnittswert $G = 2,5$

Niederlande: 1,3 (Verhältnismahlrecht)
 Griechenland: 8 (Verhältnismahlrecht)
 Australien: 9,3 (absolutes Mehrheitswahlrecht)
 Großbritannien: 10,3 (relatives Mehrheitswahlrecht)
 USA: 14,9 (relatives Mehrheitswahlrecht und Präsidialismus)
 Frankreich: 21,1 (Mehrheitswahlrecht und Präsidialismus)

Wahlen

1. Grundlagen
2. **Wahlrecht**
3. Wählerverhalten

2. Wahlrecht

Stimmverzerrung durch Mehrheitswahlrecht: Beispiele französischer Parlamentswahlen

	1958	1978	1986	1988
PCF	18,9 (10)	20,6 (86)	9,7 (35)	11,3 (27)
PS	20,6 (67)	24,7 (114)	31,9 (216)	35,9 (282)
Zentrum	11,7 (57)	20,7 (114)	15,5 (130)	18,5 (129)
Gaullisten	17,5 (198)	22,8 (153)	26,6 (147)	19,2 (127)

Jeweils Stimmenanteile erster Wahlgang, in Klammern Sitze
 Quelle: Kempf, Udo: Von De Gaulle..., Opladen 1997: 220.

Wahlen

1. Grundlagen
2. **Wahlrecht**
3. Wählerverhalten

2. Wahlrecht

Faustregel: Überhangmandate

Überhangmandate entstehen dann, wenn der Anteil der durch eine Partei errungenen Direktmandate an allen Direktmandaten mehr als doppelt so hoch ausfällt wie der Anteil der Zweitstimmen dieser Partei in diesem Bundesland.

Wahlen

1. Grundlagen
2. **Wahlrecht**
3. Wählerverhalten

2. Wahlrecht

Gründe für die Entstehung von Überhangmandaten

- Stimmensplitting zwischen Erst- und Zweitstimmen
- Starke Dominanz einer Partei in einem Bundesland, ohne dass diese Partei mehr als 50 % der Zweitstimmen erringt
- Relativ geringe Wahlbeteiligung in einem Bundesland

Wahlen

1. Grundlagen
2. **Wahlrecht**
3. Wählerverhalten

2. Wahlrecht

Gründe für die Entstehung von Überhangmandaten

- Geringer gemeinsamer Anteil der beiden größten Parteien
- Inhomogene Einteilung von Wahlkreisen bzw. kleine Wahlkreise in einem Land

Wahlen

1. Grundlagen
2. **Wahlrecht**
3. Wählerverhalten

	49	53	57	61	80	83	87	90	94	02	05
BW	1						1		2		3
HB	1					1			1		
SH		2	3	4	1						
HH		1				1				1	1
Saarl.				1							1
M.-V.								2	2		
S-A								3	2	2	4
Sachs.									3	1	4
Th.							1	3	1		
BB									3		3
gesamt	2	3	3	5	1	2	1	6	16	4	16

Bei den Wahlen von 1965, 1969, 1972 und 1976 traten keine Überhangmandate auf.
Aus: Woyke, Wichard, 1996: Siehwort: Wahlen. Opladen, S. 73, eigene Aktualisierung.

2. Wahlrecht

Negatives Stimmgewicht (inverser Wahlerfolg)

- Eine Partei verliert einen Sitz durch zusätzliche (Zweit-) Stimmen oder gewinnt einen Sitz durch weniger (Zweit-) Stimmen.
- Grund: Verlust interner Überhangmandate (überhängende Landesliste gewinnt Listensitz bei Unterverteilung auf Kosten nicht überhängender Landesliste, zusammenhängende Liste gewinnt aber keinen Sitz bei Oberverteilung)

Wahlen
1. Grundlagen
2. **Wahlrecht**
3. Wählerverhalten

3. Wählerverhalten

Bundesweite Ergebnisse der Bundestagswahl 2005

Partei	Erststimmen (%)	Zweitstimmen (%)
SPD	38,8	34,2
CDU/CSU	40,8	35,2
Grüne	5,4	9,8
FDP	7,1	8,7
Die Linke	8	1,6
NPD	1,8	

1. Grundlagen
2. Wahlrecht
3. **Wählerverhalten**

3. Wählerverhalten

Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern und Ostberlin

Partei	Erststimmen (%)	Zweitstimmen (%)
SPD	31,8	25,3
CDU	28,8	30,4
Grüne	5,1	8
FDP	3,8	25,3
Die Linke	25,4	3,6
NPD		

1. Grundlagen
2. Wahlrecht
3. **Wählerverhalten**

3. Wählerverhalten

Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 im früheren Bundesgebiet + Westberlin

Partei	Erststimmen (%)	Zweitstimmen (%)
SPD	39,9	35,1
CDU/CSU	43,6	37,5
Grüne	5,7	10,2
FDP	4,6	4,9
Die Linke	1,4	1,1
NPD		

1. Grundlagen
2. Wahlrecht
3. **Wählerverhalten**

3. Wählerverhalten

Wahlentscheidungen nach Berufsgruppen BT-Wahl 2005

	Tätigkeit			Beruf		
	Erwerbstätig	Arbeitslos	Rentner	Angestellt	Arbeiter	frei beruflich
CDU/CSU	38	38	54	72	31	52
SPD	35	33	33	75	38	25
FDP	9	2	3	17	4	12
DIE LINKE.PDS	8	23	8	15	13	6
Grüne	7	3	2	15	6	5
sonstige	3	9	-	6	8	-

Quelle: Infratest dimap: Befragtenzahl 1000- ca.1600, Angaben in %

3. Wählerverhalten		Wahlen
<p>Abhängig von Bevölkerungsgruppen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung bei den 45-70jährigen, geringere Wahlbeteiligung jüngerer und älterer Wahlberechtigter ➤ Vergleichsweise hoher Anteil bei Wählern mit geringer formaler Bildung für große Parteien und Rechts-extreme, höhere formale Bildung bei Wählern von Grünen, FDP und Linkspartei 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Grundlagen 2. Wahlrecht 3. Wählerverhalten 	

3. Wählerverhalten		Wahlen
<p>Abhängig von Bevölkerungsgruppen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Vergleichsweise hoher Anteil bei Wählern mit hohem Einkommen für FDP und CDU/CSU, geringere Einkommen vor allem bei Linkspartei-Wählern ➤ Vergleichsweise hoher Anteil von Wählern mit enger kirchliche Bindung für CDU/CSU 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Grundlagen 2. Wahlrecht 3. Wählerverhalten 	

3. Wählerverhalten		Wahlen
<p>Abhängig von Bevölkerungsgruppen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Übergewicht weiblicher Wähler bei Bündnis 90/Die Grünen ❖ Allgemein: Rückgang der Partei-identifikation und Zunahme des Anteils der Wechselwähler (1998: 40 %) 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Grundlagen 2. Wahlrecht 3. Wählerverhalten 	